

Bundesratssitz für Regula Rytz?

Warum Regula Rytz nicht Bundesrätin wird: Sie ist eine Frau, sie ist eine Grüne, sie ist hochintelligent, sie ist sehr selbstbewusst, sie hat politische Visionen, sie möchte wirklich etwas verändern. Alles «ideale Eigenschaften», nur nicht für den Bundesrat. Das «Modell Cassis» wird wohl noch viele Jahre (er selbst möchte gerne mindestens zehn Jahre bleiben) in Bern seine Runden drehen. Raffaele Ferdinando Schacher, Rorschach

Wohl eher unbeabsichtigt haben die Grünen die Funktionsweise ihrer Partei offenbart. Am Vortrag der Fraktions-sitzung, an welcher theoretisch sowohl über die Grundsatzfrage einer Bundesratskandidatur als auch über allfällige Nominationen hätte beraten und entschieden werden sollen, verkündet die Parteipräsidentin bereits ihre Kandidatur in der Öffentlichkeit. Gleichzeitig werden noch mögliche Mitbewerber ausgeschaltet, indem sie gemäss offizieller Lesart auf eine Kandidatur verzichten. Die Fraktion darf dies dann noch per Akklamation absegnen. Damit verkommt die Sitzung zur Farce, und die Fraktionsmitglieder werden zu Statisten degradiert. Offenbar funktioniert so Basisdemokratie, wie sie die Grünen so gerne und oft lobpreisen.

Jürg Marti, Reinach (BL)

«Die Linke überholt die CVP»

Fabian Schäfer siet in seinem Beitrag die CVP als Retterin der zwei FDP-Bundesratssitze (NZZ 25. 11. 19). Das sehe ich etwas differenzierter. Die Grünen haben aufgrund der spektakulären Zugewinne in beiden Kammern zweifellos Anspruch auf einen Sitz im Bundesrat. Ob sofort oder erst in vier Jahren, sei dahingestellt. Das nach wie vor ungeschriebene Gesetz der seit Jahren angewandten Zauberformel lässt aber derzeit nur einen Angriff auf den CVP-Sitz zu. Es wäre auch genau der richtige Zeitpunkt, die Schlaumeierei von Doris Leuthard – ohne Not ein Jahr vor Legis-

laturende zurückzutreten und noch schnell eine Nachfolgerin zu installieren – vom Parlament abstrafen zu lassen. Alles andere wäre unehrlich. Es ist nämlich nicht an den Grünen, die Zauberformel im Alleingang neu zu definieren.

Claudio Bachmann, Basel

CVP und Bundesratswahlen

Ich bin der typische Wechselwähler, ein politischer Flexitarier, fühle mich aber stets meiner politischen Überzeugung und meinem Gewissen verpflichtet. Die zögerliche Strategie der CVP im Hinblick auf die Bundesratswahlen vom 11. Dezember kann ich nicht nachvollziehen. Nach dem deutlichen Vormarsch der Grünen gilt es, die politische Landschaft neu zu beurteilen. Und was macht die CVP? Sie schreibt den Wahlgewinnern vor, ihren Wahlerfolg in vier Jahren zu wiederholen. Wahlsieger nicht an der Regierung zu beteiligen, ist ein Affront gegenüber der Wählerschaft.

Die grüne Welle gibt es nicht erst seit 2019. Seit den 1970er Jahren gibt es eine Klimabewegung. Inzwischen sind 50 Jahre vergangen, und endlich hat auch das Volk – vor allem die Jugend – erkannt, dass man den politischen Willen eines demokratischen Landes mit Wahlen und Abstimmungen verändern kann. Wenn man genau diese Leute ins politische Wartezimmer verbannt und sie bitet, sich noch einmal vier Jahre zu gedulden, ist dies schlicht und einfach inakzeptabel. Die Grüne Regula Rytz bringt ausserdem alle Kompetenzen für die Landesregierung mit.

Unbestritten ist, dass die FDP im Bundesrat übervertreten ist, also müsste sie einen Sitz abgeben. Insofern geht es nicht um die Kontinuität von einzelnen Mitgliedern im Bundesrat, sondern um die Kontinuität in der Bearbeitung der Sachgeschäfte in den Departementen. Und hier bleibt in Bezug auf die Energiewende und die Klimapolitik noch sehr viel zu tun! Mit einer grösseren Rochade und der Grünen Regula Rytz im Uvek käme richtig Schwung in diese wichtigen Dossiers.

In einem Bundesrat mit Regula Rytz könnte zudem die CVP stets das bekannte Zünglein an der Waage spielen und einmal mit SVP/FDP und ein andermal mit SP/Grünen kollaborieren. Aus parteipolitischer Sicht eine einmalige Gelegenheit, auf die die CVP nicht noch einmal vier Jahre warten sollte. Weshalb um Himmels willen also dieses Zögern und Taktieren?

Peter Joos, Beckenried

Liberalisierung statt Demokratisierung

Tobias Rupprecht weist in seinem scharfsinnigen Artikel (NZZ 19. 10. 19) zu Recht auf die Tatsache hin, dass es nach 1989 zwar im ehemaligen Ostblock zu einer Demokratisierung des autoritären Staatssozialismus unter sowjetischer Knute gekommen ist, dass aber eine fundamentale Liberalisierung ausgeblieben ist. Dies hat mit einer general-

len Überschätzung des Mehrheitsprinzips zu tun, die zulasten einer Unterschätzung des liberalen Prinzips offener Märkte geht, die ihrerseits auf garantier-tem Privateigentum und auf Vertragsfreiheit basieren. Offene Märkte führen zu Wirtschaftswachstum, aber sie bewirken zunächst einmal Ungleichheit. Insgesamt steigt zwar der Wohlstand für alle, aber nicht für alle im gleichen Tempo und im gleichen Ausmass. Das behindert die Popularität von Transformationsprozessen in einer ersten nachsozialistischen Phase: Es braucht eine neue Gruppe von Unternehmern und Investoren, die ihr Vermögen vor Ort in Wachstumsbereichen investieren und damit die Voraussetzung schaffen für eine auf Angebot und Nachfrage basierende und von Staatsbeihilfen unabhängige Ökonomie. Und genau dieser Prozess ist in Osteuropa von zwei Seiten her blockiert oder zumindest in hohem Ausmass behindert worden. Eine freiheitliche, auf offenen Märkten und Privateigentum basierende Gesellschaft ist weltweit nirgends voll verwirklicht, weil keine demokratische Politik darauf verzichtet, Umverteilung zugunsten irgendwelcher Benachteiligter (die es in jeder Wählerschaft gibt) zu offerieren. Was man aber anhand von globalen Ländervergleichen nachweisen kann, ist die Tatsache, dass relativ freiheitliche politische Systeme insgesamt zu mehr Wohlstand für alle führen. Nicht für alle gleich viel und gleich schnell, aber doch insgesamt markant und von der Tendenz her robust. Entscheidend sind dabei die Toleranz von Gehalts- und Vermögensunterschieden und die Überwindung des Neids als Motor der sozialistischen Umverteilungspolitik.

Robert Nef, St. Gallen

Zu viel Luxus im Gesundheitswesen

Volkswirtschaftlich gesehen, ist der Anteil von Krankheitskosten am Bruttoinlandprodukt immer höher. Vor 20 Jahren betrug der Anteil am BIP 9,6 Prozent, 2017 waren es 12,4 Prozent. Dieser Aspekt wird im Bericht vom 21. 11. 19 völlig ausser acht gelassen. Zudem kann zirka ein Viertel der Familien die Krankenkassenprämien nicht mehr aus der eigenen Tasche bezahlen. Vor 20 Jahren war das anders. Diese Familien erfahren also im Grunde eine Erniedrigung, weil Sie es nicht mehr fertigbringen, selber alle Ausgaben zu tragen. Wir haben auch zu wenig Hausärzte und zu viele Spezialisten. Einen Termin bei einem Hausarzt zu bekommen, ist mit langem Warten verbunden, und wenn man es dann geschafft hat, wartet man wiederum sehr lange im Wartezimmer. Wir haben einen Luxus im Krankheitswesen, der endlich einmal reduziert werden muss. Es hat gar keinen Sinn, einzelne Detailspekte wie die Erhebung für den Preisindex zu diskutieren. Das lenkt nur von der Unfähigkeit ab, die Kosten wirklich einmal zu senken. Was auch störend ist, ist, dass das entsprechende Bundesamt von Gesundheitskosten spricht und nicht von Krankheitskosten. Wenn jemand ins Spital muss oder eingewiesen wird, ist es wegen einer Krankheit oder wegen eines Unfalls.

Urs Steinegger, Hilterfingen

TRIBÜNE

Was ist uns die Demokratie wert?

Gastkommentar

von MONIKA WEBER

Viele Menschen in der Schweiz wissen leider sehr wenig oder fast gar nichts über unsere Demokratie. Einige bedauern dies, andere nicht. So betrug denn auch die Stimmbeteiligung bei den eidgenössischen Wahlen weniger als 45 Prozent. Ein Grundproblem ist der ungenügende Stellenwert der politischen Bildung. Sicher gehen sich die Lehrpersonen heute alle Mühe, didaktisch und methodisch neue Wege zu finden, um die Schüler, die Lernenden in den Berufsschulen oder die Gymnasiasten zu fesseln. Geschichte und Staatskunde stehen aber zunehmend unter Druck.

Eine Demokratie ist kaum zukunftsfähig ohne eine politisch interessierte Bevölkerung. Eine stufengerechte Demokratiekunde während der Ausbildung von Jugendlichen wäre deshalb wünschenswert. Nun gibt es Politiker, die befürchten, dass politische Bildung parteipolitisch gefärbt sein könnte. Das erinnert mich an meine Jugend, als man in meinem Schulhaus immer wieder munkelte, dass ein bestimmter Lehrer Kommunist sei. Trotzdem sind wir Schüler in keinerlei Weise zu Kommunisten geworden. Und seine Unterrichtsstunden waren interessant.

Es geht bei der Demokratiekunde nicht um Politik und noch viel weniger um Parteipolitik. Politik bemüht sich um Lösungen von Problemen, und es gibt immer verschiedene Meinungen darüber, welche Lösung die beste sein könnte. In der politischen Bildung geht es dagegen um das demokratische System, das unserer liberalen Gesellschaft eine Struktur gibt, um möglichst friedlich zusammenzuleben. Es geht um ein demokratisches System, das wir und unsere Vorfahren uns gegeben haben; und es geht um die Entwicklung, die es erfahren hat und die es in der Zukunft erfahren könnte. Es geht um unser Verständnis von Rechtsstaatlichkeit, von Freiheit und Verantwortung eines jeden.

Politische Bildung geht aber nicht nur die Jugend etwas an. Das Wissen über die Demokratie und ihre Institutionen ist auch für «ältere Semester» wichtig. Unlängst besuchte ich einen Vortrag an der

Echte Demokratie verlangt von uns allen Engagement und Wissen.

Seniorenuniversität Zürich. Das Thema lautete: «Wie entsteht ein Gesetz – ein Blick hinter die Kulissen des Bundeshauses.» Es referierte der Zürcher Ständerat Daniel Jositsch. Der Titel versprach, so könnte man denken, eine scheinbar trockene Materie. Aber weit gefehlt: Es war spannend. Etwa zweitausend sehr interessierte über Sechzigjährige sind gekommen und informierten sich über Zusammenhänge im politischen Alltag; drei grosse Vorlesungssäle waren bis auf den letzten Platz besetzt.

Etwas über unsere Demokratie zu erfahren, ist also auch für ältere Menschen spannend und wertvoll. Denn die Welt verändert sich schnell. Auf eidgenössischer Ebene werden Abstimmungen je länger, je mehr durch internationale Verknüpfungen ausgelöst oder zumindest beeinflusst. Jüngere Beispiele sind das Waffengesetz und die Unternehmenssteuerreform, ganz abgesehen von der bevorstehenden Auseinandersetzung um das Rahmenabkommen mit der EU; andere Beispiele sind die Klimapolitik und die Migrationsproblematik. Es geht um viel. Darum ist es sehr wichtig, dass wir schon in jungen Jahren lernen, über die Freiheit und deren Grenzen zu reden, über Verantwortung, Kompromissfähigkeit und Rücksichtnahme auf Schwächere, über Gemeinsinn und Höflichkeit im Alltag. Und wir müssen lernen, einander zuzuhören. Eine wirklich demokratische Gesellschaft ist nur möglich, wenn und solange die Menschen sie wollen und auch bereit sind, etwas dafür zu tun. Demokratie funktioniert nicht ohne ein bisschen Anstrengung von uns allen.

Monika Weber war Zürcher Nationalrätin und Ständerätin; von 1998 bis 2006 war sie Stadträtin von Zürich und Vorsteherin des Schul- und Sportdepartements.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 240. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg.)

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Andreas Schürer (asü.), Tom Schneider (sct.)

Mitglied Chefredaktion: Carola Ettenreich (cet.)

Tagesleitung: Christoph Fisch (cf.), Andreas Schürer (asü.), Daniel Wechlin (daw.), Jenni Thier (th.), Benno Matti (bem.)

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüsch (A. R.), Werner J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Beat Bumbacher (bbu.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zoll (paz.), Dominique Burckhardt (dbu.)

Schweiz: Michael Schoenenberger (msc.), Erich Aschwarden (ase.), Claudia Beer (cb.), Daniel Gerny (dgy.), Frank Sieber (fs.), Marc Trübhorn (tri.), Simon Hehl (hs.), Lucien Scherrer (lsc.), Helmut Stalder (st.). **Bundeshaus:** Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (for.). **Bundesgericht:** Kathrin Alder (ald.)

Wirtschaft/Börse: Peter A. Fischer (pfi.), Werner Enz (enz.), Ermes Gallarotti (g.), Sergio Aiolfi (ai.), Thomas Fuster (tf.), Christiane

Hanna Henkel (C. H.), Christin Severin (sev.), Nicole Rützi Ruzicic (nrü.), Andrea Martel Fus (am.), Gerald Hosp (gho.), Giorgio V. Müller (gvm.), Michael Ferber (feb.), Hansueli Schöchli (hs.), Thomas Schürpf (tsf.), Zoé Inés Baches Kunz (Z. B.), Natalie Gratwohl (ng.), Werner Grundelheuer (gru.), Daniel Imwinkelried (imr.), Anne-Barbara Luft (abl.), Michael Schäfer (msf.), Christian Steiner (cts.), Dieter Bachmann (dba.), Dominik Feldiges (df.)

Fouilleton: René Scheu (rs.), Angela Schader (as.), Rainer Stadler (ras.), Claudia Schwartz (ces.), Thomas Ribi (ribi.), Ueli Bernays (ubs.), Roman Bucheli (rb.), Philipp Meier (ph.), Claudia Mäder (cmä.), Christian Wildtschagen (wdh.)

Zürich: Alais Feusi (fs.), Dorothea Vögeli (vö.), Urs Bühler (urs.), Stefan Hotz (sh.), Adri Kälin (ak.), Katja Baigiger (ba.), Fabian Baumgartner (fba.), Jan Hudac (ju.), Florian Schoop (scof.), André Müller (amü.), Daniel Fritzsche (dfr.)

Sport: Elmar Wagner (wag.), Flurin Clatina (cl.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Stoffen (bsn.), Daniel Gernann (ggn.), Peter B. Birrer (bir.), Philipp Bärtsch (pbh.), Samuel Burgener (sbr.), Claudia Rey (crl.), Nicola Berger (nbg.)

Meinung & Debatte: Martin Sonti (se.), Andreas Breitenstein (A. Br.), Elena Panagiotidis (ela.)

Wissenschafter: Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Stefan Betschorn (S. B.), Stephanie Kusma (ksa.), Lena Stallmach (ls.), Helga Rietz (rtz.)

Wochenend-/Gesellschaft: Daniel Wechlin (daw.), Susanna Müller (sm.), Herbert Schmidt (hbt.), Brigit Schmid (bgs.), Matthias Sander (msa.), Bildredaktion und Gestaltung: Christian Gintli/Sberger (cgs.).

Reporter: Marcel Gyr (+yr.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.)

Nachrichten: Tobias Ochsenbein (toc.), Manuela Nyffenegger (nyf.), Raffaela Angstmann (ran.), Michael Schilliger (msl.), Kathrin Kletta (kk)

Produktionsredaktion: Christoph Fisch (cf.), Caspar Hesse (cah.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.)

Bildredaktion/Webproduktion: Gilles Steinmann (gst.), Michèle Schell (mi.), Roman Sigrist (rsi.), Susanna Rusterholz (rus.), Reto Gratwohl (grg.)

Visuals: David Bauer (dav.), Christian Kleab (cke.), Anja Lemcke (lea.), Balz Rittmeyer (brt.), Joana Kelén (jok)

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). **London:** Markus M. Haefliger (mhf.), Benjamin Triebel (bet.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (fx.), René Höltschi (ht.), Benedict Neff (ben.), Jonas Hermann (jhm.), Hansjörg Müller (hmj).

Frankfurt: Michael Rasch (ra.). **München:** Stephanie Lahtz (sl.). **Rom:** Andreas Wysling (awy.). **Wien:** Matthias Benz (mbe.), Ivo Nijssen (nij.). **Stockholm:** Rudolf Hermann (ruh.).

Brüssel: Christoph G. Schmutz (sco.). **Daniel Steinworth (DSt.), Moskau:** Markus Ackert (mac.). **Dakar:** David Signer (dai.).

Lissabon: Thomas Fischer (tfr.). **Istanbul:** Volker Pabst (pbp.). **Beirut:** Christian Weisflog (wcf.). **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.).

Tel Aviv: Ulrich Schmid (U. Sd.). **Mumbai:** Marco Kauffmann Bossart (kam.). **Sydney:** Esther Blank (esb.). **Singapur:** Manfred Rist (rt.). **Peking:** Matthias Müller (Mue.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Washington:** Peter Winkler (win.), Martin Lanz (mla.).

New York: Christof Leisinger (cli.). **San Francisco:** Maria-Astrid Langer (lma.). **Vancouver:** Karl R. Foidler (fdr.). **Rio de Janeiro:** Nicole Anliker (ann.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

San José de Costa Rica: Peter Gaupp (pgp.)

REDAKTIONELLE MITARBEITER

International: Fabian Urech (urf.), Niklaus Nuspliger (nn.), Samuel Misteli (smi.), Judith Kornmann (jkr.), Inland: Angelika Hardegger (haa.), Antonio Fumagalli (fum.), Tobias Gafafar (gaf.), Lukas Mäder (mdr.), David Vonplon (dvp.). **Bundeshaus:** Christoph Eisenring (cei.), Andreas Uhlig (Ug.), Stefan Häberli (hat.), Patrick Herger (ph.), Matthias Kamp (mka.), Michael Settelin (stt.). **Fouilleton:** Marion Löndorf (mlö.), Daniele Muscionico (MD), Manuel Müller (mm), Sabine von Fischer (svf.).

Zürich: Johanna Widi (jow.), Reto Flury (flu.), Michael von Ludeker (mlv.), Lara Schenk (len.), Nils Pfändler (npl.). **Sport:** Stefan Osterhaus (sos.), Michele Coviello (cov.), Ulrich Fickel (pic.), Andreas Babst (abb.). **Christof Krapp (krp.). Nachrichten:** Franziska Scheven (fs.), Martina Medic (med.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Rüdiger (eru.), Esther Widmann (wde.), Janique Weder (wej.), Manuel Fricke (fma.), Gian Andrea Marti (gam.).

Bildredaktion/Webproduktion: Andrea Mittelholzer (and.), Christian Güntli/Sberger (cgs.), Sara Zetter (sze.), Beat Grossrieder (bgr.), Verena Tempelmann (vtm.), Nicole Aeby (nae.), Rahel Arnold (raa.).

Produktionsredaktion: Urs Buess (buu.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Lauzinger (lkz.), Philipp Hülshelm (phl.), Yvonne Eckert (eve.), Benno Brunner (bbr.), Iida Özalp (iö.), Jann Lienhart (jal.), Clarissa Rohrbach (cro.).

Social Media: Reto Stauffacher (rst.), Corinne Piaga (cpl.), Gabriela Dettwiler (gad.), Philipp Gollmer (pgl.).

Visuals: Marie-José Kolly (mkj.), Haluka Maier-Borst (hmb.), Philip King (phk.), Roman Karaviz (kzv.), Sharon Funke (sfu.), Manuel Roth (mrt.), Anna Wiederkehr (awk.), Markus Stein (sma.), Olivia

Fischer (ofi.), Conradin Zellweger (czw.), David Hess (dhe.), Jörg Walch (jwa.), Laurence Kaufmann (km.), Nikolai Thelitz (nth.)

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction: Reto Althaus (ral.). **Fotografen:** Christoph Ruckstul (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.). **Produktion/Layout:** Hansruedi Frei, Andreas Steiner.

Blattplanung: René Sommer. **Korrektur:** Natascha Fischer.

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ TV / NZZ Format: Silvia Fleck (sfl.), Karin Moser (mck.), Andrea Hauser (hwa.). **NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Luzi Bernet (lbu.). **NZZ Folio:** Christina Neuhaus (cnc.).

NZZ Geschichte: Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

NZZ-MEDIENGRUPPE

Felix Graf (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstrasse 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, nzzmediasolutions.ch

Druck: OZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

NZZ Print & Digital: 779 Fr. (12 Monate), 71 Fr. (1 Monat), **NZZ Digital Plus:** 550 Fr. (12 Monate), 50 Fr. (1 Monat), **NZZ Wochenend Print:** 352 Fr. (12 Monate), 32 Fr. (1 Monat).

Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital

NZZ International Print & Digital: 550 € (12 Monate), 50 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage

NZZ Kombi Print & Digital: 998 Fr. (12 Monate), 82 Fr. (1 Monat), NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat)

Alle Preise gültig ab 13. 3. 2019

Die Abonnementadressen sind, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2018

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 111 023 Ex. (Wemf 2018), davon 25 718 E-Paper

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten.

Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors